

Prof. Dr. A. Feltz
 Burgeggerstraße 50
 A-8530 Deutschlandsberg
 Tel. : 0043/3462/6125
 Mobil: 06769141865
 E-Mail: adalbert.feltz@aon.at

Neues Deutschland
 Herrn Olaf Koppe
 Geschäftsführer
 Franz – Mehring – Platz 1
 10243 BERLIN

Deutschlandsberg, den 18. 11.2014

Sehr geehrter Herr Koppe,

dieses Schreiben resultiert aus einem Entschluss, der mir nach 55 Jahren Abonnement des Neuen Deutschland ausgesprochen schwer fällt.

Bereits seit längerer Zeit empfinde ich wachsenden Unmut über eine nicht zu übersehende Annäherung des ND an den „Mainstream“ einer Berichterstattung, wie sie durch andere dominierende Medien vorgegeben wird.

Sehr gut und oftmals anregend gefällt mir die aktuelle Vermittlung von Fortschritten auf dem Gebiet der Naturwissenschaften, zum Beispiel die Beiträge von Martin Koch – aber Inhalte dieser Art bekommt man in anderen seriösen Tageszeitungen vermutlich gleichfalls geboten.

Gut finde ich, dass gesellschaftliche Befindlichkeiten von Minderheiten, Menschengruppen, die am sozialen Rand leben (Arbeitslose, Obdachlose, Straßenkinder, Frauen, die sich verkaufen müssen), ebenso Emigrantenprobleme, in der Zeitung aufgegriffen werden. Wie denn überhaupt linke Politik in unserer Zeit bestrebt sein muss, an den Problemen der sozial benachteiligten Schichten der Gesellschaft anzusetzen. Die Beschränkung auf Situationsschilderungen, spiegelnde Abbildung von Missständen, kann aber auf Dauer kaum als ausreichend angesehen werden. Die Benennung der gesellschaftlichen Ursachen, dass Armut bis hin zur Verelendung in der globalisierten Welt ein Thema ist, zunimmt und auf politisches Versagen der „globalen Player“ zurückzuführen ist, der Reichtum letzterer sich aber dagegen in einer zunehmend kleineren Gruppe akkumuliert - eine solche Analyse beharrlich ins Bewußtsein zu rücken, wird in der Darstellung der Zeitung m. E. sträflich vernachlässigt. Der Verzicht auf den Klassenbegriff, der nach meiner Überzeugung unser gesellschaftliches Dasein nach wie vor kennzeichnet – er scheint allenfalls gelegentlich in akademischen Diskussionen auf – leistet, wie ich meine, einer schicksalhaften Ergebnislosigkeit bis hin zur Gleichgültigkeit gegenüber fundamentalen gesellschaftlichen Gebrechen Vorschub, verleitet bei der in unserem Lebensraum verbreiteten Saturiertheit zum Wegschauen und damit zur Heuchelei.

Als unzureichend und mit einer sozialistischen Tageszeitung unvereinbar erachte ich die Duldung einer Verfälschung der Zeitgeschichte, in der wir gelebt haben und leben. Auch durch Weglassen wesentlicher Bezüge und verschleierte Darstellung entsteht Unwahrheit, die sich in den Köpfen festsetzt und jenen Kräften von Nutzen ist, die ihr globales Machtspiel der Profitmaximierung unter Missachtung elementarer Menschenrechte, und sei es mittels Krieg, Finanzmanipulation und Korruption, aufrechterhalten und ständig zu expandieren bestrebt sind

Im ND vom **8./9. November „die Mauer hätte es nicht gebraucht“** liegt m. E. ein solcher Fall der Geschichtverschleierung vor. Susanne Ehlerding ist vielleicht zu jung, um Verständnis für die historische Situation von 1961 aufzubringen (man sollte es von ihr als einer linken Journalistin wohl doch erwarten), aber Sie, Herr Koppe, als verantwortlicher Geschäftsführer wissen doch, dass es nicht im Entscheidungsspielraum der damaligen Führungskräfte lag, das politische Konzept des RGW etwa durch Auslieferung der nicht anerkannten DDR (Hallstein-Doktrin) an die BRD auszuhebeln. Man sprach doch ganz offen vom Tag X, dem Ende der DDR (die Aktien von Leuna und Buna wurden zu der Zeit noch im Westen an der Börse gehandelt). Die durch Verlockungen des Westens („Wirtschaftswunder“) ausgelöste Fluchtbewegung (zeitweise >1000 Menschen pro Tag) hätte doch bereits damals zum Exitus der DDR mit unabsehbaren Folgen für den Status quo der nach dem Krieg entstandenen Kräftekonstellation in Europa geführt. Der Mauerfall war doch erst durch den Paradigmenwechsel in der SU möglich. Man muss doch historische Ereignisse aus dem Geist der Zeit

begreifen. Das wusste schon Friedrich Schiller in seiner akademischen Antrittsrede am 26. Mai 1789 „Was heißt und zu welchem Ende studiert man Universalgeschichte?“ Und so bin ich denn entsetzt über das seichte Geschwätz, das von diesem Artikel in völliger Negierung der historischen Randbedingungen ausgeht.

Ebenso vermisste ich im Artikel „**Der rote Oktober**“ vom **1./2. November** die historische Wahrheit, wenn im Zusammenhang mit dem Hitler/Stalin-Pakt die Appeasement-Politik Englands, Frankreichs und der USA unerwähnt bleibt, die bei allen Bemühungen, Krieg abzuwenden, letztendlich doch vor allem darauf gerichtet war, die von Anfang an offen propagierte Stoßrichtung der faschistischen deutschen Expansion in Richtung Osten zu kanalisieren und dabei die Sowjetunion zu vernichten. Der von Litvinov angestrebte Vertrag über kollektive Sicherheit in Europa als Gegenmaßnahme zu den Aggressionsakten (Österreich, Tschechoslowakei) kam durch die zögerliche Haltung von England und Frankreich sowie der USA nicht zustande. Warum werden an dieser Stelle nicht die von Kurt Pätzold, einem anerkannten Faschismusforscher, dokumentierten Erkenntnisse zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges aufgegriffen? Die Sowjetunion durchkreuzte mit dem Hitler/Stalin-Pakt diese Pläne. Andernfalls hätte der Überfall auf die Sowjetunion womöglich bereits 1939 stattgefunden, und ohne den Angriff gegen Frankreich und England wäre es ggf. gar nicht zur Formierung einer Anti-Hitlerkoalition gekommen. Stattdessen wird im besagten Artikel von der „endgültigen Prostitution der sozialistischen Idee“ gefaselt, Stalin hätte dem nunmehr deutschen „Verbündeten ganz Europa als Beute überlassen“: Stalin zumindest mit Schuld am Zweiten Weltkrieg – das passt doch ins Klischee bürgerlicher Geschichtsfälschung nach dem Motto „der geprügelte Hund ist selbst Schuld.“ Ich finde es bedauerlich, dass Jörn Schütrumpf als linker Publizist einer solchen Verlagerung von Ursache und Schuld an den Verbrechen des Zweiten Weltkrieges die Hand reicht. Und es ist sicher schlimm für das ND, durch eine solche Veröffentlichung am gewollten Bild zweier etwa gleichrangiger Halunken Hitler und Stalin mit der Zuweisung einer Mitschuld der Sowjetunion am Zweiten Weltkrieg mit zu basteln.

Weiterhin und für mich kaum nachvollziehbar ist die bedenkenlose Verwendung und Gegenüberstellung von **Demokratie, Freiheit und Diktatur, Unfreiheit, Rechtsstaat und Unrechtsstaat: DDR eine Diktatur, kein Rechtsstaat, aber – und darüber streitet man sich – kein oder doch ein Unrechtsstaat.** Das flachbrüstige Geschwätz unseres Herrn Bundespräsidenten Joachim Gauck, Freiheit als eine Art „absolute Idee“ im Sinne Platons hinzustellen, und die sei in der westlichen bürgerlichen Gesellschaft nahezu verwirklicht, bedarf sicher keines weiteren Kommentars.

Demokratie ist eine historische Kategorie, die in der Geschichte sehr verschiedene Ausprägungen fand. Es war ein langer Weg von der griechischen Demokratie von Sklavenhaltern zur bürgerlichen parlamentarischen Demokratie einer immer noch Klassengesellschaft

- von in ihren Entscheidungen sehr weitgehend Unabhängigen und
- von in der Verwirklichung ihrer Lebensqualität von ersteren definitiv Abhängigen

mit gesetzlich verbrieften Individualrechten für alle (Rechtsstaat): Jeder ist vor dem Gesetz gleich! Das schließt aber ein, dass die Kassiererin eines Supermarkts, die einen Artikel im Wert von 2,30 Euro mitnimmt, der aufgrund des Verfallsdatums in den Abfall gehört, fristlos entlassen und juristisch belangt wird. Dagegen kann sich Bernie Ecclestone mit 3,8 Mrd. Vermögen Formel 1 Vermarkter, wegen Steuerhinterziehung und Bestechung angeklagt, einer 10-jährigen Haftstrafe durch Zahlung von 100 Millionen Dollar entziehen und gilt danach nicht als vorbestraft.

Es ist mir unbegreiflich, wie diese unsere Demokratie mit ihren enormen Asymmetrien, extremen Nichtlinearitäten, die sie hervorbringt, die oft zu katastrophalen, kaum beherrschbaren Zuständen führen (Massenarbeitslosigkeit, Hungerrevolten, Flüchtlingsströmen, Waffenexporten zugunsten von Arbeitsplätzen und induzierten Kriegen) immer wieder als ein besonderer „Wert“ hingestellt wird, den andere gefälligst aufzugreifen hätten: Unsere reale Demokratie als weltverbindliches Standardmodell, machtpolitisch durchaus brauchbar, um per Export andere Gesellschaften zu kippen, zu majorisieren oder ins Chaos zu stürzen. Und am Schluss geht es dabei gar nicht mehr um Demokratie und Menschenrechte, vielmehr einzig und allein darum, den eigenen Machtbereich der Gewinnerwirtschaftung zu erweitern. Stellt sich dem ein Land entgegen, etwa den rigoros ungezügelt agierenden Kräften der Profitmaximierung im sog. freien Markt Zügel anzulegen, dann wird solches Vorgehen als Einschränkung von Demokratie und Freiheit verteufelt.

Wäre es nicht angemessen, wenn in einer sozialistischen Tageszeitung auch Zwischentöne angemahnt und gedruckt würden. Es gab doch bei allen Defiziten der Toleranz und des Föderalismus in der DDR unter dem Führungsanspruch der Partei der Arbeiterklasse auch rechtsstaatlich abgesicherte Elemente der demokratischen Gleichstellung und Willensbildung: Gleiche Löhne für gleiche Arbeit bei Männern und Frauen, gesetzlich verbrieftes Recht auf Arbeit und Arbeitsplatzsicherung, öffentliche Rechenschaftslegung der Betriebsleitungen gegenüber den Werktätigen und deren gewerkschaftlich organisierte Mitsprache bei zahlreichen sozialen Belangen in den Betrieben. Da wurde doch nicht diktiert, sondern von der Basis aus über Entscheidungsvarianten mehrheitlich abgestimmt. Dass all solche einst real existierende Praxis heute weggelassen wird und dadurch vor allem der jüngeren Generation das Bild einer stupiden, allseits von der Staatssicherheit überwachten Diktatur eingetrichtert wird, entstellt grob die historische Wahrheit.

Ein weiterer Punkt betrifft die relativ hohe Frequenz, mit der dem **Bundespräsidenten Joachim Gauck** Gelegenheit gegeben wird, sich in der sozialistischen Tageszeitung ND zu präsentieren, ohne dass Wesen und Charakter seiner rechtskonservativen Auftritte aufs Korn genommen werden. Warum wird nicht jedes Mal hörbar widersprochen, wenn sich dieser Trittbrettfahrer, der nach einem Gerichtsurteil als „durch die Staatssicherheit der DDR Begünstigter“ bezeichnet werden darf, als Bürgerrechtler ausgibt oder so bezeichnen lässt? Man lese dazu die bei spotless erschienen Dokumentationen von Klaus Huhn, oder auch die neusten Publikationen im Internet zu diesem Thema. 8,6% von 44,2 Mio Wählern bei 61,8 Mio Wahlberechtigten wählten bei der letzten Bundestagswahl die Partei der Linken, das sind 3,8 Mio Wähler, und da erdreistet sich dieser einstige Kleriker, die Kompetenz der Linken als einer demokratisch gewählten Partei bei der Mitgestaltung der weiteren Entwicklung Thüringens in Frage zu stellen. Dieser Mann gehört nach meinem Dafürhalten ob seiner zur Schau getragenen vordergründigen Redlichkeit, seiner unerträglichen Scheinheiligkeit zu den widerwärtigsten politischen Figuren der deutschen Nachkriegsgeschichte, und ich schäme mich als Deutscher, durch ihn als Staatsoberhaupt repräsentiert zu werden.

Es ist mir auch unverständlich, wenn der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen der DDR **Roland Jahn** monatlich mindestens einmal im ND, einer sozialistischen Tageszeitung, zu Wort kommt (im Juni 2014 war es viermal), um seine rechtskonservativen Ansichten zu verbreiten, dabei Gelegenheit nimmt, sein Thema immer wieder aufs Neue zu verifizieren und keine Gelegenheit auslässt, jeglichen Ansatz linker Politik mit der „Stasikeule“ zu diskreditieren. Kürzlich erst warnte er erneut ebenso wie sein Ziehvater Joachim Gauck vor der Linkspartei, hinter der aber doch immerhin 3,8 Mio Wähler in Deutschland stehen.

Gegen diesen **„elenden Rest“ von 3,8 Mio Wählern**, repräsentiert durch 64 Abgeordnete, durfte in der Festveranstaltung des Bundestages am 9. November anlässlich 25 vergangener Jahre seit dem Mauerfall ein vom Bundestagspräsidenten bestelltes Mobbing inszeniert werden. 3,8 Mio Bürger und deren Bundestagsfraktion, von einem herunter gekommenen Liedermacher als „Drachenbrut“ und „reaktionär“ tituliert – dafür gab es Beifall im Plenum und herzliche Dankesworte für diesen Auftritt seitens der CDU Bundeskanzlerin und ihres SPD Vize. Es war dies eine Lehrstunde, wie es um die Respektierung der Würde des Wählerwillens in diesem Land bestellt ist. Das niedrige Niveau an Toleranz bei der Bündelung verschiedener Kräfte, die vom Volk den Auftrag zur Entwicklung einer kooperativen Gesellschaft erhielten, konnte man geradezu ablesen. Warum spiegelt das ND den Eklat nur wider und verzichtet auf jede Wertung und ggf. auch Verurteilung der Schlitzohrigkeit jener, die diese für das Hohe Haus entwürdigende Show inszenierten?

Sehr geehrter Herr Koppe, gern bin ich bereit, diese meine durchaus konstruktiv gemeinte Kritik dem Neuen Deutschland zur Publikation zu überlassen, auch in zu den angeschnittenen Themen jeweils separaten Stellungnahmen, ggf. Leserzuschriften. Auf Grund früherer Erfahrungen gehe ich aber davon aus, dass Zuschriften solchen Inhalts von Ihrer Redaktion eine Ablehnung erfahren werden.

Es bleibt mir in diesem Fall nur übrig, das Wochenend-Abonnement des ND zum 1. Januar 2015 zu kündigen. Ich werde mich der Jungen Welt zuwenden. Ich habe vor, den Text dieses Schreibens auf meiner Webseite ins Internet zu stellen.

Ich danke Ihnen für die langjährige wohlwollende Verbindung. Dem ND wünsche ich eine Kurskorrektur hin zur Vermittlung einer tieferen politischen Problemsicht.

Mit freundlichen Grüßen

Adalbert Feltz